

**NIEDERSCHRIFT**  
**ÜBER DIE 45. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES**  
**IN DER 9. WAHLPERIODE AM 04. FEBRUAR 2013 IN BAD EMS**

---

Es sind anwesend:

**Vorsitzender:**

Herr Landrat Günter Kern

**Kreisbeigeordnete:**

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram ..... Nievern  
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Klöckner ..... Winden  
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim ..... Obernhof *(bis 10.34 Uhr/bei TOP II.5.)*

**Mitglieder des Kreisausschusses bzw. deren *Vertreter*:**

Frau Monika Becker ..... Winden  
Herr Raimund Friesenhahn ..... Dahlheim *(bis 9.40 Uhr/nach TOP II.3.)*  
Herr Werner Groß..... Lahnstein  
Herr Bernd Hartmann ..... Gemmerich  
Herr Matthias Lammert, MdL..... Diez  
Frau Gabriele Laschet-Einig ..... Lahnstein  
Herr Ulrich Lenz..... Katzenelnbogen  
Herr Leo Neydek ..... Kemmenau  
Herr Josef Oster ..... Bad Ems  
Herr Frank Puchtler, MdL ..... Oberneisen  
Herr Udo Rau ..... Nassau  
Herr Michael Schnatz ..... Diez  
Herr Heinz Scholl..... Braubach

**Es fehlen entschuldigt:**

Frau Rita Wolf ..... Braubach  
*Herr Jürgen Linkenbach ..... Dausenau*

**Von der Verwaltung:**

Frau Büroleiterin Ute Hahn  
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche  
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri  
Frau Abteilungsleiterin Roswitha Kästner *(nur öffentlicher Teil)*  
Herr Uwe Gilberg-Rindsfüßer *(nur öffentlicher Teil)*  
Herr stellvertr. Büroleiter Friedhelm Rücker *(nur nichtöffentlicher Teil)*  
Frau Abteilungsleiterin Andrea Kleinmann *(ab TOP II.4.)*  
Herr Michael Kießling *(ab TOP II.4.)*

**Schriftführer:**

Herr Manuel Minor

### **Gäste:**

- Herr Edi Wolf, Lahnstein (Mitglied des Kreistages)
- Herr Matthias Schneider, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (*nur bei TOP II.4.*)
- Herr Alexander Hoffmann, Rhein-Lahn-Zeitung (*nur öffentlicher Teil*)
- Bürgerinnen und Bürger (*nur öffentlicher Teil*)

Der **Vorsitzende** eröffnet um 08.35 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Hinsichtlich der mit Schreiben vom 25. Januar 2013 vorgelegten Tagesordnung werden *keine* Einwendungen bzw. Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt beschlossen wird:

### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Genehmigung der Niederschriften
2. Finanzangelegenheiten;  
Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden, etc. gemäß § 58 Abs. 3 LKO
3. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;  
Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2013 und Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.01.2013 zum ärztlichen Bereitschaftsdienst im Rhein-Lahn-Kreis
4. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

### **II. Nichtöffentliche Sitzung:**

1. Personalangelegenheiten;
2. Auftragsvergaben
3. Vertragsangelegenheiten
4. Grundstücksangelegenheiten
5. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

## I. Öffentliche Sitzung:

### Punkt 1:

#### **Genehmigung der Niederschriften**

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Niederschrift über die 43. Sitzung des Kreisausschusses – zum Teil gemeinsam mit dem Finanzausschuss – am 26. November 2012 leider noch nicht vorliege, da der Schriftführer, Herr Thielmann, erkrankt gewesen sei. Er sagt zu, die Niederschrift schnellstmöglich nachzureichen

Hinsichtlich der Niederschrift über die 44. Sitzung des Kreisausschusses am 17. Dezember 2012 weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass die Teilnehmerliste auf Seite 1 nicht korrekt sei. Diesbezüglich werde ein entsprechendes Austauschblatt nachgereicht.

Gegen die allen Mitgliedern des Kreisausschusses vorgelegte Niederschrift über die 44. Sitzung des Kreisausschusses am 17. Dezember 2012 werden ansonsten *keine* Änderungswünsche vorgetragen bzw. Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

### Punkt 2:

#### **Finanzangelegenheiten;**

#### **Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden, etc. gemäß § 58 Abs. 3 Landkreisordnung (LKO)**

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage.

Ohne Aussprache beschließt der Kreisausschuss einstimmig die Annahme von Spenden der nach § 58 Abs. 3 LKO anzeigepflichtigen Spendenbeträge in Höhe von **72.651,97€** gemäß der zur Sitzungsvorlage vom 16.01.2013 beigefügten Aufstellung (Anlage 1).

### Punkt 3:

#### **Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;**

#### **Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2013 und Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 23.01.2013 zum ärztlichen Bereitschaftsdienst im Rhein-Lahn-Kreis**

Der **Vorsitzende** erläutert zunächst die Anfragen von SPD und FDP zum ärztlichen Bereitschaftsdienst im Rhein-Lahn-Kreis und gibt im Anschluss verschiedene Informationen.

So bilde die Bereitschaftsdienst-Ordnung der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz (KV RLP), welche die ambulante vertragsärztliche Versorgung sicher zu stellen habe, die gesetzliche Grundlage der ärztlichen Bereitschaftsdienstregelung.

Bei der geplanten Angliederung des Bereitschaftsdienstes Bad Ems an die Bereitschaftsdienstzentrale (BDZ) Nastätten – wovon er im Übrigen nur aus der Presse erfahren habe – beziehe sich die KV RLP auf § 3 der Bereitschaftsdienst-Ordnung, in dem die Organisationsformen formuliert seien. Demnach sei der organisierte Bereitschaftsdienst ein zentralisierter Bereitschaftsdienst und die KV RLP habe in jedem Bereitschaftsdienstbereich mindestens eine Bereitschaftsdienstzentrale einzurichten – wobei eine Anbindung an ein Krankenhaus anzustreben sei. Außerdem werde der organisierte Bereitschaftsdienst im Bereitschaftsdienstbereich ausschließlich durch die Bereitschaftsdienstzentrale wahrgenommen.

In § 4 der Bereitschaftsdienst-Ordnung werde der Vorstand der KV RLP ermächtigt, innerhalb der durch die Bereitschaftsdienst-Ordnung vorgezeichneten Strukturen die organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung des Bereitschaftsdienstes auszugestalten.

Ebenso weist er darauf hin, dass in § 15 vorgegeben werde, die flächendeckende Einrichtung und Versorgung mit Bereitschaftsdienstzentralen bis spätestens zum 31.12.2013 abzuschließen.

Abschließend informiert er in diesem Zusammenhang über eine Umfrage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) zur zukünftigen Erfüllung des Sicherstellungsauftrags für die ambulante ärztliche Versorgung. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass ca. dreiviertel der befragten Ärzte und Psychotherapeuten die Sicherstellung durch die KBV nach wie vor – wenn auch unter geänderten Rahmenbedingungen – wünschen, so dass die Ärzte diese Thematik im Grunde genommen weiterhin selbständig und unter sich regeln wollten.

Hinsichtlich der bisherigen Entwicklung und der Situation im Rhein-Lahn-Kreis weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass vor rd. 8 Jahren die organisierten hausärztlichen Versorgungsstrukturen eingeführt worden seien, um in struktur- und ärzteschwachen Gebieten die hausärztliche Versorgung außerhalb der Praxiszeiten sicher zu stellen. Hierzu seien durch die KV RLP initiierte Gespräche zunächst mit den verantwortlichen Ärzten in der Region und dann mit allen beteiligten Kassenärzten geführt worden, um mögliche Versorgungsstrukturen zu erörtern. In einer gemeinsamen Sitzung unter Leitung der KV RLP sei dann der Vorschlag unterbreitet worden, einen Bezirk „Lahnstein, Bad Ems, Nassau“ mit Sitz in *Bad Ems* einzurichten. Dieser Vorschlag sei jedoch von den ärztlichen Kollegen aus Bad Ems abgelehnt worden, so dass letztlich *kein* Bereitschaftsdienstzentrum an der Lahn eingerichtet wurde.

In der Folge sei es bei der Gestaltung der anderen Bezirke dann dazu gekommen, dass Lahnstein Koblenz und Nassau Nastätten zugeschlagen wurden. Insbesondere der Bezirk Nastätten, angesiedelt am dortigen Krankenhaus, arbeite seit Jahren störungsfrei.

Hinsichtlich der von den Patienten zurück zu legenden Entfernungen bis zum Standort Nastätten weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass die geplante Angliederung des Bereitschaftsdienstbereiches Bad Ems an die Bereitschaftsdienstzentrale Nastätten die Stadt Bad Ems sowie die Orte Dausenau, Fachbach, Frücht, Kemmenau, Miellen und Nievern betreffe, wohingegen Arzbach der BDZ Koblenz zugeteilt sei. Von diesen Gemeinden dürften Miellen und Kemmenau mit ca. 30 km die maximale Entfernung zur BDZ Nastätten aufweisen.

Weiterhin führt er aus, dass es der zukunftsweisende Weg in allen ländlich strukturierten Kreisen sei, die ärztliche Versorgung im haus- und fachärztlichen Bereich über Ärztezentren wohnortnah sicher zu stellen; dies sei auch Thema der letzten Landrätekonferenz gewesen.

Er betont abschließend, dass er sehr gerne in die entsprechenden Diskussionen eingebunden gewesen wäre – dies sei seitens der KV RLP jedoch nicht der Fall gewesen, so dass er die Informationen auch lediglich aus der Presse erfahren habe.

Derzeit gäbe es Bewegung innerhalb der Ärzteschaft vor Ort. So habe am 29. Januar eine Sitzung der Ärztevereinigung stattgefunden, an der auch Herr Bürgermeister Oster teilgenommen habe. Demnach gäbe es derzeit den Willen, das Thema „Lahnschiene“ wieder aufzugreifen und diesbezüglich ein Gespräch mit der KV RLP zu führen. Er habe angeboten, mit in die Gesprächsrunde hineinzugehen, um verschiedene Möglichkeiten auszuloten.

**Frau Becker** bedankt sich zunächst für die ausführliche Beantwortung der Anfrage. Auch wenn die KV RLP bzw. die Ärzte zuständig seien, seien die politischen Vertreter dafür verantwortlich, auf be- und entstehende Probleme hinzuweisen. Daher sei sie auch dankbar für das Angebot des Landrats, sich in die anstehenden Gespräche mit einzuschalten.

**Herr Puchtler** kritisiert, dass die Kreisverwaltung – die schließlich, genauso wie auch die Politik, ebenfalls eine Mitverantwortung trage – nicht frühzeitiger mit eingebunden worden sei. Man müsse seines Erachtens versuchen, zunächst gemeinsam Lösungen zu finden und erst dann mit den Ergebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen. Er bitte daher darum, in den anstehenden Gesprächen und Verhandlungen mit der KV RLP entsprechend vorzugehen und frühzeitig eingebunden zu werden.

Da die Diskussion seines Erachtens den ganzen Kreis betreffe, bitte er die Verwaltung, in einer der nächsten Kreisausschusssitzungen einen Überblick darüber zu geben, wie der ärztliche Bereitschaftsdienst in der *gesamten* Fläche des Kreisgebietes geregelt ist und wie die entsprechenden Vernetzungen und Anbindungen aussehen. Insgesamt sollte man seines Erachtens mehr in die Offensive gehen, um den Ängsten der Bevölkerung vorzubeugen.

**Herr Friesenhahn** ist der Auffassung, dass die Thematik hochstilisiert werde. Seines Erachtens zeige die Erfahrung, dass durch die Anbindung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes an ein Krankenhaus sowohl Synergieeffekte und Vorteile entstünden, als auch der Hausbesuch als ein entscheidendes Moment angesehen werden müsste. Durch dessen Zentralisierung sei es möglich, schneller ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, als es vorher der Fall gewesen sei. Dies könne er aufgrund eigener Erfahrungen innerhalb der letzten Jahre bestätigen. Klarstellend weist er abschließend darauf hin, dass es für Notfälle den Notarzt gebe, was vom ärztlichen Bereitschaftsdienst deutlich zu trennen sei.

**Herr Oster** ist der Auffassung, dass es grundsätzlich der richtige Weg sei, Bereitschaftsdienstzentralen zu bilden. Diese Botschaft sei mittlerweile auch in der Bad Emser Ärzteschaft angekommen. Aktueller Sachstand sei, dass es derzeit noch keine Entscheidung der KV RLP gebe, sondern die Bad Emser Ärzteschaft sei mit der Bitte angeschrieben worden, eine Stellungnahme zu den aktuellen Überlegungen abzugeben. Dies sei letzte Woche im Rahmen einer Sitzung der Ärztevereinigung, an der auch er teilgenommen habe, geschehen. Die Ärzteschaft habe sich klar gegen eine Angliederung an die BDZ Nastätten ausgesprochen. Gleiches Votum habe auch der Verbandsgemeinderat abgegeben. Ob die Politik letztendlich einen Einfluss habe, sei zwar durchaus fraglich. Dennoch müsse seitens der Politik aber deutlich gemacht werden, dass hier eine wichtige Frage der Versorgung betroffen und eine große Distanz

von Bad Ems bis nach Nastätten zu überbrücken sei. Darüber hinaus gehe es jedoch auch um das Selbstverständnis des überregionalen Gesundheitsstandortes Bad Ems, so dass es ein Bad Emser Anliegen sei, dass dieser Status nicht tangiert werde. Es könne seines Erachtens daher nicht sein, dass dieser große Gesundheitsstandort mit seinen vielfältigen medizinischen Möglichkeiten einer anderen, weit entfernten Bereitschaftsdienstzentrale zugeordnet werde. Er habe der Bad Emser Ärzteschaft signalisiert, dass es wenig sinnvoll sei und unklug erscheine, eine funktionierende Einheit wie Nastätten von ärztlicher Seite in Frage zu stellen. Da aber anscheinend der Koblenzer Bereich eher überlastet sei, habe die Bad Emser Ärzteschaft nun angeregt darüber nachzudenken, eine Bereitschaftsdienstzentrale mit Sitz in Bad Ems zu etablieren, die für die Verbandsgemeinde Bad Ems, den Bereich der Augst und gegebenenfalls den Bereich Lahnstein zuständig sein könnte. Eine Entlastung des Koblenzer Bereichs käme schließlich auch der KV RLP zu Gute.

Letztlich sei es eine interne Frage innerhalb der Ärzteschaft bzw. der KV RLP, er werde jedoch weiterhin Unterstützung leisten und auch den Landrat mit einbeziehen. Voraussichtlich werde es in der kommenden Woche zu weiteren Gesprächen kommen.

**Herr Lammert** weist u. a. darauf hin, dass man sich frühzeitig vor allem um den Einsatz von ausreichend Ärzten in den nächsten Jahren bemühen müsse. Dies sollte auch unbedingt im Rahmen der Erstellung des Kreisentwicklungskonzeptes berücksichtigt werden.

**Herr Rau** weist darauf hin, dass die Problematik bereits seit Jahren absehbar gewesen sei. Von Nassauer Seite sei damals eine Verbindung mit Bad Ems gewollt gewesen, was jedoch an der Haltung der Bad Emser Ärzteschaft gescheitert sei. Daraus sei dann letztlich die Zusammenarbeit zwischen Nassau, Nastätten und Katzenelnbogen entstanden.

Der Kreisausschuss werde die Problematik nicht lösen können, da es auch eine Frage der Standortpolitik sei. Zuständig für das Finden einer Lösung sei die KV RLP bzw. die Ärzteschaft, so dass diese Aufgabe auch dort bleiben sollte.

Der **Vorsitzende** widerspricht Herrn Rau hinsichtlich der Einbindung der Politik. Es sei seines Erachtens vielmehr dringend notwendig, dass die Politik in diesen Fragen Einfluss gewinne – insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Wenn man vor acht Jahren in die Entscheidungsfindung eingebunden gewesen wäre, hätte man diese Problematik heute vermutlich nicht zu diskutieren.

**Herr Klöckner** kritisiert, dass am Standort der Bereitschaftsdienstzentrale nicht auch immer eine Apotheke Bereitschaft habe. Dies könne dazu führen, dass man große Fahrtstrecken vom Wohnort zum Krankenhaus und von dort weiter zur Apotheke zurücklegen müsse.

Nachdem sich keine Wortbeiträge mehr ergeben, sagt der **Vorsitzende** abschließend zu, über die noch anstehenden Gespräche in einer der nächsten Kreisausschusssitzungen zu berichten.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Beantwortung der Anfragen und die Informationen zur Kenntnis.

#### **Punkt 4:**

#### **Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes;**

##### a) Haushaltsgenehmigung für das Haushaltsjahr 2013

Der **Vorsitzende** weist kurz auf das den Fraktionsvorsitzenden zugesandte Haushaltsgenehmigungsschreiben der ADD vom 11.01.2013 für das Haushaltsjahr 2013 hin.

Auf Bitte von **Herrn Lammert** sagt er zu, das Schreiben allen Kreisausschussmitgliedern und den Kreisbeigeordneten elektronisch zur Verfügung zu stellen.

##### b) Güterverkehr und Erschütterungsmessungen im Mittelrheintal

Unter Bezugnahme auf die Sitzung des Kreistages am 15.10.2012 und die Anträge der FWG- Kreistagsfraktion zur Vornahme von Erschütterungsmessungen im Mittelrheintal und der Aufnahme einer rechts- bzw. linksrheinischen Alternativtrasse insbesondere für den Güterverkehr der Bahn in das LEP IV, informiert der **Vorsitzende** kurz über die bereits eingegangenen Schreiben des *Ministeriums des Inneren, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz* und des *Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung*. Er sagt zu, diese Schreiben der Niederschrift beizufügen (Anlage 2) und über die noch ausstehenden Antworten des *Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten* und des *Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung* zu gegebener Zeit zu informieren.

##### c) Hallenbad Diez-Limburg GmbH; Sanierung des Oranienbades

Der **Vorsitzende** informiert, dass der vorzeitige Maßnahmenbeginn zur Sanierung des Oranienbades mit Schreiben des *Ministeriums des Inneren, für Sport und Infrastruktur* vom 19.12.2012 genehmigt worden sei. Eine verbindliche Zusage für eine Förderung mit dem maximalen Förderungsbetrag in Höhe von 903.233,- € sei damit jedoch *nicht* verbunden; die Entscheidung hierüber falle im Rahmen der Beratungen über den Folgehaushalt des Landes.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses um 09.18 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

## II. Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 45. Sitzung des Kreisausschusses in der 9. Wahlperiode um 10.46 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

*gez.*

(Günter Kern)  
Landrat

**Der Schriftführer:**

*gez.*

(Manuel Minor)